

Sitzungsvorlage Nr. 089/2020

Planungsausschuss
am 11.11.2020

zur Vorberatung
- Öffentliche Sitzung -

Zu TOP 3:

Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2021, mittelfristige Finanzplanung - Anträge der Fraktionen

I.	Zu behandeln im Planungsausschuss am 11.11.2020:	1
II.	Zu behandeln im Verkehrsausschuss am 18.11.2020:	19
III.	Zu behandeln im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung am 25.11.2020:	33

Beschlussvorschlag:

Die Regionalversammlung beschließt die Anträge zum Haushaltsplan 2021 und mittelfristiger Finanzplanung 2022 – 2024, entsprechend den Beschlussempfehlungen der jeweiligen Ausschüsse und der abschließenden Empfehlung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung.

I. Zu behandeln im Planungsausschuss am 11.11.2020:

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
P.01. - 211	CDU/ ÖDP	<p>Landschaftspark besser touristisch vermarkten</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, realisierte Landschaftsparkprojekte stärker in die Tourismusförderung der Region Stuttgart einzubinden.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Die Geschäftsstelle entwickelt Vorschläge wie der Landschaftspark bzw. die Projekte durch geeignete Medienformate öffentlichkeitswirksamer vermittelt werden können. Dafür sollen 100.000 Euro in den Planungshaushalt eingestellt werden. Zusätzlich sollen bestehende Förderprogramme um einen Förderschwerpunkt mit diesem Inhalt ergänzt werden.</p>		<p>Teilhaushalt 3 Ergebnishaushalt: Planjahr 2021 100.000 € Deckung: Verbandsumlage</p>
P.02. - 212	CDU/ ÖDP	<p>Regionale Rohstoffversorgung sichern und durch Bauschuttrecycling ergänzen</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. zu berichten, ob sie die Einschätzung teilt, dass das Bauschuttrecycling ausgebaut und der Anteil an RC-Baustoffgemischen erhöht werden kann, 2. Wege aufzuzeigen, wie ein verbrauchsnahe Netz an Bauschuttrecyclingstandorten realisiert werden kann, 3. darauf hinzuwirken, dass die Bauleitpläne der Kommunen ausreichend geeignete Flächen für Bauschutt-Recyclingunternehmen vorsehen. 	<p>Zu 1. Zustimmung. Siehe unten Seite 18</p> <p>Zu 2: Bearbeitung im Zuge der Bearbeitung von P 04.-165 -167. Siehe unten Seite 18</p> <p>Zu 3. Keine Zustimmung Siehe unten Seite 18</p>		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
P.03. - 217	CDU/ ÖDP	<p>Ist-Erträge von Windkraftanlagen in der Region Stuttgart</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, eine Gegenüberstellung der Ist-Erträge von Windkraftanlagen in der Region Stuttgart mit den vorher errechneten Erwartungswerten zu erstellen mit der Darstellung, welche Windgeschwindigkeiten für die Standorte dieser Anlagen im Windatlas 2011 erwartet wurden und wie die entsprechende Einstufung der Gebiete nach dem Windatlas 2019 vorzunehmen wäre.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Die Geschäftsstelle bereitet einen Bericht zum Sachstand auf der Grundlage verfügbarer Daten vor.</p> <p>Die in den Anträgen CDU/ÖDP P.03-217 Freie Wähler P.11 – 232 AFD P. 20 – 172 geforderte Berichterstattung erfolgt ggf. gemeinsam</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
P.04. - 165- 167	CDU/ ÖDP, Freie Wähler, FDP	<p>Rohstoffe in der Region Stuttgart – Untersuchung Versorgungsgrad – Versorgungssicherheit – Recyclingquoten</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2021. Der Verband Region Stuttgart gibt eine Untersuchung zur Rohstoffversorgung und der mittelfristigen Versorgungssicherheit bis 2050 in der Region Stuttgart in Auftrag.</p> <p>Die Studie soll auf der Basis der Rohstoffdefinition, wie sie in der Betriebswirtschaftslehre verwendet wird, folgende Fragen beantworten.</p> <p>Welche natürlichen Rohstoffvorkommen sind in der Region Stuttgart in Form von Bodenschätzen vorhanden?</p> <p>Welche dieser Rohstoffe werden abgebaut?</p> <p>Welche werden als Reserve oder aus wirtschaftlichen Gründen vorgehalten beziehungsweise derzeit nicht genutzt?</p> <p>Welche Rohstoffe werden in der Region Stuttgart erzeugt?</p> <p>Wie hoch war die jeweilige Abbau-/Verwendungsmenge in den letzten fünf Jahren?</p> <p>In welchen industriellen und gewerblichen Bereichen in der Region Stuttgart und in welchen Mengen werden in der Region Rohstoffe genutzt?</p> <p>Wie hoch ist der Selbstversorgungsgrad der Region, gestaffelt nach den zuvor ermittelten Rohstoffen?</p> <p>In welcher Höhe ist die Region auf den Import von Rohstoffen angewiesen, von wo kommen diese und welche Kosten werden dadurch verursacht?</p> <p>Welche Rohstoffe werden exportiert?</p> <p>Welche Verkehrswege werden für Import und Export benutzt?</p> <p>Wie groß ist die Menge und wie hoch ist der Anteil der aus Recycling gewonnenen Rohstoffersatzstoffen in den einzelnen Rohstoffarten?</p> <p>Inwieweit kann der erreichte Recyclinggrad noch erhöht werden, um Rohstoffe zu sparen?</p> <p>Bei welchen Rohstoffarten ist ein 100-prozentiger Ersatz durch Recyclingprodukte möglich beziehungsweise in Zukunft denkbar?</p> <p>Wie ist in allen genannten Punkten die voraussichtliche Entwicklung bis zum Jahr 2050?</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle prüft, ob ein Betrag von 10.000 Euro ausreicht, um die Erstellung des der Untersuchung zu finanzieren. Der von ihr ermittelte Betrag ist in den Etat 2021 einzustellen.</p>	<p>Alternativer Vorschlag:</p> <p>Die Geschäftsstelle ermittelt die erforderlichen Mittel und möglicher Auftragnehmer im Jahr 2021.</p> <p>Für die Region liegen zahlreiche statistische und geographische Daten zu Rohstoffvorkommen, -abbau und -sicherung vor. Diese sind einer Auswertung zugänglich.</p> <p>Für die Themen Selbstversorgungsgrad, Import und Export von Rohstoffen und Recycling existieren bisher keine regionalisierten Daten. Eine Erhebung dieser Daten könnte insbesondere im Hinblick auf eine zukünftige Fortschreibung des Kapitels Rohstoffe des Regionalplans hilfreiche Erkenntnisse liefern.</p> <p>Anhaltspunkte für die Abschätzung des Kostenrahmens kann die Kiesstudie der IHK Bodensee-Oberschwaben liefern (angefragt).</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
P.05. - 237	Bünd- nis90/ Die Grünen	<p>Dem Klimaatlas mehr Gewicht geben</p> <p>Der Klimaatlas ist ein wichtiges Instrument für einen wirksamen Klimaschutz. Es soll aufgezeigt werden, mit welchen (positiven) Konsequenzen gerechnet werden kann, wenn bereits bei der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen die einschlägigen Erkenntnisse eingearbeitet werden.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Die Geschäftsstelle berät die Städte und Gemeinden in frühen Planungsphasen hinsichtlich der Integration klimatischer Belange. Weiterführende Ansätze werden modellhaft im Rahmen unterschiedlicher Forschungsprojekte erprobt und ebenfalls in diese Beratung eingebunden.</p> <p>Im Planungsausschuss wird über diese Vorgehensweise berichtet.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
P.06. - 245	Bünd- nis90/ Die Grünen	<p>Klimaeffekte ausweisen und berichten</p> <p>1. Das bestehende Klimaschutzkonzept REKLIS wird fortgeschrieben. Jährlich wird im WIV ein Fortschrittsbericht zum Klimaschutz gegeben. Hierbei sollen besonders Aspekte zur Prävention und Krisenvorsorge berücksichtigt werden.</p> <p>2. Maßnahmen, Aktivitäten und Projekte im VRS werden zukünftig mit einem ‚Klimavermerk‘ versehen, das heißt, dass in den Entscheidungsvorlagen auch die Wirkungen auf Klimaschutz oder Klimaanpassung beschrieben und ggf. quantifiziert werden. Hierfür wird zunächst ein praktikabler Vorschlag entwickelt.</p>	<p>Keine Zustimmung</p> <p>Eine Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes REKLIS ist derzeit nicht erforderlich. Aspekte des Klimaschutzes, der Prävention und Krisenvorsorge sind regelmäßig Beratungsgegenstand. Der vom Antragsteller geforderte Klimavermerk erfordert erhebliche Personalressourcen ohne erkennbaren Mehrwert. Darüber hinaus steht die angestrebte besondere Betrachtung der erforderlichen Querschnittsbetrachtung und der Berücksichtigung (gleichrangiger Zielvorgaben (z.B. Bodenschutz, Artenschutz) entgegen.</p>		
P.07. - 246	Bünd- nis90/ Die Grünen	<p>Klimaschutz zur Chefsache machen</p> <p>1. Im VRS wird eine Stelle Klimaschutzmanagement eingerichtet. Sie kann zu Teilen aus dem bestehenden Stellenpool gebündelt werden. Bis zu 30% des Stellenumfanges (geschätzt ca. 25-30.000 EUR/a) können zusätzlich in den HH-Plan aufgenommen und entsprechende Mittel im Haushalt bereitgestellt werden.</p> <p>2. Die Aufgabe und die Zuständigkeit für Klimaschutz werden in der Verwaltungsspitze explizit namentlich übertragen.</p>	<p>Keine Zustimmung</p> <p>Die Aufgabe wird jeweils als integraler Bestandteil der Facharbeit in der Geschäftsstelle verstanden. Eine namentliche Übertragung über die Zuständigkeit für Klimaschutz ergibt aus Sicht der Geschäftsstelle keinen erkennbaren Mehrwert.</p>		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses	Finanzielle Auswirkung
P.08. - 251	Bündnis90/ Die Grünen	<p>Studie „Regionale Landwirtschaft / regionales Ernährungssystem“</p> <p>VRS und WRS vergeben eine Studie/Bestandsaufnahme zur „Regionalen Landwirtschaft / dem regionalen Ernährungssystem“ (Vorbild FiBL Studie Freiburg). Dabei ist aufzuzeigen, wie hoch die aktuelle Versorgung mit regionalen landwirtschaftlichen Produkten ist, welche Hindernisse diesbezüglich bestehen und welche Potenziale zum Ausbau und zur Förderung eines regionalen Ernährungssystems vorhanden sind. Hierfür werden bis zu 30.000 EUR bereitgestellt.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Da die Rolle der Landwirtschaft gerade im Verdichtungsraum über die Versorgungsfunktion/ Ernährung hinausgeht (z.B. Landschaftspflege), wird vorgeschlagen, die Thematik im Rahmen einer umfassenderen Betrachtung mit zu bearbeiten. Vorgesehen ist in Zusammenarbeit mit Gemeinden im Kern der Region und ggf. mit Unterstützung des Ministeriums für ländlichen Raum und Verbraucherschutz, entsprechende Fragestellungen aufzubereiten.</p>		<p>Teilhaushalt 3 Ergebnishaushalt: Planjahr 2021 30.000 € Deckung: Verbandsumlage</p>

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
P.09. - 225	Freie Wähler	<p>Gewerbegebiet Mundelsheim</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Mittelbereich Besigheim / Mundelsheim die Ausweisung eines Gewerbegebietes auf Flächen der Gemeinde Mundelsheim direkt an der A 81 zu ermöglichen. Die notwendige Zurücknahme eines regionalen Grünzuges ist zu veranlassen.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Die Zurücknahme des Regionalen Grünzuges kann nur im Rahmen einer formalen Änderung des Regionalplanes erfolgen. Eine Entscheidung über die Eröffnung eines solchen Verfahrens sollte erst getroffen werden, wenn das Einvernehmen der betroffenen Gemeinden hergestellt ist.</p> <p>Die Geschäftsstelle klärt die erforderlichen Sachverhalte und bereitet auf dieser Grundlage die Einleitung eines Planungsverfahrens vor.</p>		
P.10. - 226	Freie Wähler	<p>Wohnen</p> <p>Es wird beantragt, dass über den Sachstand und über Ergebnisse des „Aktionsprogrammes Wohnen“ berichtet wird. Außerdem wird ein Bericht erbeten, welche Ergebnisse durch die Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik bei der Prüfung von Wohnbaupotentialen mit Zugang zum Schienenverkehr erzielt wurden.</p>	Zustimmung		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
P.11. - 232	Freie Wähler	<p>Windkraft - Sachstand und Vorbereitung der Offenlegung</p> <p>Eine nachhaltige Region Stuttgart muss auch die dezentrale Erzeugung regenerativer Energie im Blick behalten. Die Regionalverwaltung wird gebeten, einen Bericht über den aktuellen Zwischenstand von umgesetzten bzw. im Bau befindlichen Windkraftanlagen zu geben. Aufgrund des Schreibens des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 14. Oktober 2020 an die Planungsträger wird ebenso darum gebeten, darüber Auskunft zu geben, wie der Verband Region Stuttgart als Träger der Regionalplanung mit der „flexiblen Festlegung von Vorsorgeabständen“ umzugehen gedenkt. Außerdem wird die Regionalverwaltung beauftragt, eine weitere Offenlage als nächsten Schritt des Regionalplanverfahrens vorzubereiten.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Die Geschäftsstelle bereitet einen Bericht zum Sachstand der Windkraftplanung vor. In diesem Zusammenhang wird auf die Abstandsregel eingegangen. Die notwendigen Schritte und Vorschläge für die Vorgehensweise für eine erneute Offenlage auf Grundlage des Windatlasses 2019 werden eingeleitet.</p> <p>Die in den Anträgen CDU/ÖDP P.03-217 Freie Wähler P.11 – 232 AFD P. 20 – 172 geforderte Berichterstattung erfolgt ggf. gemeinsam</p>		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
P.12. - 233	Freie Wähler	<p>Innenstädte – vom Schutz zur Förderung</p> <p>Der Erhalt der Innenstädte als lebendige Orte der Begegnung, des Handels und der Dienstleistung ist ein zentrales Planungsziel des Verbands Region Stuttgart. Dennoch erleben auch sie derzeit eine Transformation, beschleunigt durch Corona. Bisher konzentriert sich die Arbeit des Verbandes auf den Schutz, die Abwehr von Bedrohungen, der Innenstädte.</p> <p>Um „vom Schutz“ zur „Förderung“ zu gelangen, wird beantragt, dass die Geschäftsstelle eine Abfrage durchführt, in welchen Kommunen und isoliert gelegenen Ortschaften die Nahversorgung (Bäcker, Metzger, Lebensmittel) nicht mehr vor Ort gewährleistet ist.</p> <p>Das Ergebnis wird daraufhin analysiert, ob der Verband bzgl. der Zustimmung/Keine Zustimmung von „Sondergebieten Einzelhandel“ für Lebensmittelmärkte (im Rahmen der Beteiligung zu Bauleitplänen) in integrierten und nicht integrierten Lagen seine Strategie überdenken muss. Gleichzeitig wird geprüft, ob der Verband eine Moderatorenrolle/Koordinierungsfunktion übernehmen kann für überörtliche Lösungen.</p> <p>Dabei können die Erkenntnisse aus den Beratungen zur Situation von Kinos helfen, die vom Verband ins Leben gerufen wurden. Es ist zu überlegen, welche planerischen Möglichkeiten oder welche Instrumente der Wirtschaftsförderung bestehen, um Innenstädte zu erhalten und resilient gegen Krisen zu machen.</p>	<p>Alternativer Vorschlag:</p> <p>Die Situation der Grundversorgung in den Kommunen wird im Rahmen des Regionalmonitors anhand der Standorte der Lebensmittelfilialisten erhoben. Es wird davon ausgegangen, dass hierüber die Grundversorgung in diesen Kommunen abgedeckt ist, Es wird daher vorgeschlagen, eine Abfrage zur Situation der Nahversorgung für die Kommunen durchzuführen, die nicht (mehr) über eine entsprechende Versorgung verfügen.</p> <p>Beratung der Kommunen zu Möglichkeiten und Umsetzung überörtlicher Lösungen zur Sicherung der Grundversorgung wird bereits praktiziert. Im Rahmen der Berichterstattung zur Situation der Nahversorgung wird über Vorgehensweise und Beispiele sowie planerische und instrumentelle Möglichkeiten zum Erhalt attraktiver Innenstädte berichtet.</p>		

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
P.13. - 200	SPD	<p>Bezahlbaren Wohnraum im Rahmen der IBA herausstellen</p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, bezahlbaren Wohnraum im Rahmen der IBA als dringende Herausforderung der Internationalen Bauausstellung herauszustellen und im Anforderungskatalog an die Projekte zu formulieren.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Die Geschäftsstelle lotet mit der IBA entsprechende Möglichkeiten aus.</p>		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
P.14. - 204	SPD	<p>Flächen für Wohnform „Tiny-House“ prüfen</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, auf welchen Flächen die Wohnform „Tiny House“ möglich ist und ob Brachflächen oder nicht mit Baurecht belegte Flächen hierfür verwendet werden können. Ferner soll geprüft werden, welche baurechtlichen Voraussetzungen und Vorgaben gegeben sein müssen für die Nutzung der Flächen.</p>	<p>Erledigt</p> <p>Auf der Ebene der Bauleitplanung findet eine präzise Bedarfsermittlung unter Berücksichtigung der Dichtevorgaben und der stadtstrukturellen Gegebenheiten statt. Die hieraus entstehenden Flächenausweisungen schaffen gezielt Baurecht an den dafür geeigneten Standorten. Bei der Schaffung von Baurecht wird immer auch der Einzelfall mit betrachtet. In der Regel werden „Tiny Houses“ genehmigt wie jede Wohnnutzung nach BauNVO. Ausnahmen beziehen sich i.W. auf eine „mobile“ Nutzung des Mini-Hauses, sodass die Verwendung von Brachflächen oder nicht mit Baurecht belegten Flächen nicht zulässig ist.</p> <p>Im Einzelfall werden die Träger der Bauleitplanung auf die spezifischen Möglichkeiten von „Tiny houses“ hingewiesen.</p>		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
P.15. - 205	SPD	<p>Gewerbeflächenoptimierung prüfen</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie durch regionalplanerische Vorgaben bei der Flächennutzungsplanung Flächenoptimierungen bei Gewerbeflächen vorgeschrieben werden können. Dabei sollen besonders Reglementierungen bezüglich des Flächenverbrauchs für den ruhenden Verkehr betrachtet werden.</p>	<p>Erledigt</p> <p>Der Regionalplan zielt grundsätzlich auf den Vorrang der Innenentwicklung und dem sparsamen Umgang mit Grund und Boden ab. Die Ausweisung von gewerblichen Bauflächen unterliegt dieser Betrachtung. Mit der Flächennutzungsplanung findet eine diesbezügliche intensive Auseinandersetzung – auch mit bestehenden oder potenziellen Brachflächen – statt. Im Rahmen dieser Betrachtung ist es ebenso erforderlich, Erweiterungsoptionen und Entwicklungsspielräume für ansässige Betriebe zu berücksichtigen und zu sichern. Weitergehende Vorgaben zum Flächenlayout können mit formalen regionalplanerischen Mitteln nicht durchgesetzt werden.</p>		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses	Finanzielle Auswirkung
P.16. - 206	SPD	<p>Nutzung von Industrie- und Gewerbebrachen fördern</p> <p>Der Verband Region Stuttgart wird beauftragt, derzeit brachliegende Industrie- und Gewerbeflächen zu sammeln und zu kartieren und die Neu- und Umnutzung zu fördern. Dabei soll der VRS:</p> <p>1) die Eigentümer fachlich unterstützen bezüglich möglicher Nachnutzungen und ein Kataster erstellen, aus dem Nutzungsoptionen ersichtlich sind</p> <p>2) Kommunen bei der Umwandlung und Revitalisierung von brachliegenden Gewerbeflächen unterstützen, indem der Verband auch bei der möglichen Änderung von Flächennutzungsplänen unterstützend tätig ist.</p>	<p>Erledigt</p> <p>Zu 1): Von Seiten der WRS wird kontinuierlich im Rahmen der Standortkommunikation ein Gewerbeflächenkataster geführt. Dabei werden alle erforderlichen Informationen abgefragt und in Steckbriefen zusammengefasst und bei Bedarf an Interessenten kommuniziert.</p> <p>Zu 2): Siehe P.15 – 205. Darüber hinaus werden Möglichkeiten einer flächeneffizienten und nachhaltigen Transformation bestehender Gewerbegebiete aktuell mit einem von VRS und WRS unterstützten Forschungsprojekt untersucht und den Städten und Gemeinden in einer für das erste Quartal 2021 geplanten Hybridveranstaltung vorgestellt.</p> <p>Die konstruktive Begleitung von Planungsverfahren ist im Übrigen selbstverständlich.</p>		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
P.17. - 207	SPD	<p>Umnutzung leerstehende Ladenflächen ermöglichen</p> <p>Der VRS wird beauftragt, zu prüfen, wie Kommunen oder Privatpersonen unterstützt werden können, um leerstehende Läden und Büroflächen einer neuen Nutzung zuzuführen. Als Anreiz soll in Form eines Wettbewerbs eine Förderung für besonders kreative und nachhaltige Ideen und Angebote ausgeschrieben werden.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Eine Prüfung, ob und inwieweit eine entsprechende Förderung möglich ist, kann zugesagt werden. Eine Berichterstattung erfolgt im Zusammenhang mit dem HH-Antrag P 12. -233</p>		
P.18. - 208	SPD	<p>Mehr Fassadenbegrünung ermöglichen</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, neue Wege und Möglichkeiten der Vertikalbegrünung (Bodengebundene oder Wandgebundene Systeme) darzustellen und zu prüfen, ob bzw. wie diese verbindlich in die Bauleitplanung übernommen werden können.</p>	<p>Erledigt</p> <p>Die Fassadenbegrünung wurde 2015 verbindlich in die LBO BW aufgenommen. Seitdem ist hier geregelt, in welchem Maße Begrünungen oder Bepflanzungen vorzunehmen sind. Weitere Konkretisierungen können im regionalen Maßstab nicht erfolgen. Regionalplanerische Festlegungen stehen dabei einer Fassadenbegrünung regelmäßig nicht entgegen.</p>		
P.19. - 170	AfD	<p>Remstal-Gartenschaufflächen</p> <p>Die Regionalverwaltung möge im April 2021 über die Nachnutzungen bzw. die aktuelle Nutzung und Betreuung der Remstal-Gartenschaufflächen berichten.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Die Geschäftsstelle erstellt einen Bericht über die vom Verband kofinanzierten Projekte auf Grundlage des zur Verfügung stehenden Datenmaterials.</p>		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
P.20. - 172	AfD	<p>Flächenverbrauch durch Windenergieanlagen</p> <p>Die Regionalverwaltung möge jährlich über die Gesamtfläche berichten, die für Windenergieanlagen in der Region beansprucht und genutzt werden, ebenso über die durch diese Anlagen gewonnene Strommenge.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Die Geschäftsstelle bereitet einen Bericht zum Sachstand der Windkraftplanung vor. In diesem Zusammenhang wird auf den Flächenanspruch der bisher realisierten Anlagen eingegangen. Eine Ermittlung des gewonnenen Stromertrags erfolgt vorbehaltlich der Datenverfügbarkeit.</p> <p>Die in den Anträgen CDU/ÖDP P.03-217 Freie Wähler P.11 – 232 AFD P. 20 – 172 geforderte Berichterstattung erfolgt ggf. gemeinsam</p>		
P.21. - 173	AfD	<p>Ausweisung zusätzlicher Wohnbauflächen</p> <p>Die Regionalverwaltung möge die jeweils auf die Jahre 2015-2019 bezogene Gesamtsumme der Ausweisung zusätzlicher Wohnbauflächen darstellen, gegliedert nach:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Flächen für die Ansiedlung von Fachkräften 2. Flächen für die Eigenentwicklung 3. Flächen für sonstige Zuwanderung. 	<p>Alternativer Vorschlag:</p> <p>Insgesamt kann für den betreffenden Zeitraum differenziert dargestellt werden, wieviel Fläche in Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung und in Gemeinden im Siedlungsbereich ausgewiesen worden sind. Von welchen Personengruppen der Wohnraum dann genutzt wird, kann anhand der Planunterlagen nicht ermittelt werden.</p>		

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
P.22. - 179	DIE LINKE/ PIRAT	<p>Agroforste</p> <p>Die Verwaltung legt dem Planungsausschuss eine Beschlussvorlage vor, mit dem Ziel, in der Zusammenarbeit mit regionalen Hochschulen sowie den Bauern- und Naturschutzverbänden Modellvorhaben für innovative Agroforstsysteme in der Region zu realisieren.</p> <p>Dabei ist zu prüfen, ob für entsprechende Forschungsvorhaben Kofinanzierungsmittel verfügbar sind, bzw. im Rahmen des Forschungsvorhabens RAMONA Ökopunkte zum Einsatz kommen können.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Der potenzielle Nutzen der Umsetzung von Agroforst-Konzepten in der Region Stuttgart wird geprüft und eine entsprechende Beschlussfassung vorbereitet.</p>		
P.23. - 188	DIE LINKE/ PIRAT	<p>Stopp der strategischen Vorhaltestandorte</p> <p>Der Verband Region Stuttgart beendet die Suche nach strategischen regionalen Vorhaltestandorten für Investitionsprojekte.</p> <p>Die Personalkapazitäten, die momentan in der Entwicklung und planerischen Sicherung strategischer Vorhaltestandorte gebunden sind, verlagern ihren Fokus auf das Flächenrecycling und Brachflächenmanagement im Sinne der Innenentwicklung.</p>	<p>Keine Zustimmung</p> <p>Das Erfordernis einer Vorhaltung von Flächen, die im Bedarfsfall zeitnah für größere regionalbedeutende Gewerbeansiedlungen zur Verfügung stehen, wurde in den einschlägigen Sitzungsvorlagen der Geschäftsstelle und der WRS ausführlich begründet.</p> <p>Die Wahrnehmung der Möglichkeiten zur Unterstützung der Innenentwicklung werden hiervon nicht beeinträchtigt.</p>		

Stellungnahme der Geschäftsstelle zu P.02.- 212:

Zu 1.

Zustimmung.

Recherche wird zugesagt.

Die bisherige Einschätzung beruhen auf Auswertungen des Industrieverbands Steine Erden. Demnach wird die Recyclingmenge insbesondere durch die Menge an Bauschutt limitiert. Weitergehende Auswertungen könnten zusammen mit Aussagen zum Netz an Bauschuttrecyclinganlagen (Punkt 2) im Rahmen der unter P 04. - 165 -167 beantragten Studie erhoben werden.

Zu 2:

Bearbeitung im Zuge der Bearbeitung von P 04.-165 -167.

Zu 3.

Keine Zustimmung

Die Regionalplanung hat keinen Einfluss auf die konkrete bauliche Nutzung innerhalb von Gewerbe- und Industriegebieten. Da diese Anlagen aus immissionschutzrechtlichen Gründen meist auf den Außenbereich angewiesen sind, wird die Ansiedlung in Zuordnung zu den Aufbereitungsanlagen als grundsätzlich möglich angesehen. Weitere konkrete Handlungsoptionen bestehen nicht.

II. Zu behandeln im Verkehrsausschuss am 18.11.2020:

Nr. Ausschuss Nr. Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
V.01. - 210	CDU/ ÖDP	<p>Verhinderung von Graffiti an Fahrzeugen der S-Bahn</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, zu berichten, an welchen Abstellorten der S-Bahnfahrzeuge und zu welchen Zeitpunkten schwerpunktmäßig die Vorfälle von Sachbeschädigungen durch das Anbringen von Graffiti an S-Bahnfahrzeugen liegen. Es sollen Vorschläge erarbeitet werden, wie dies verhindert werden und wie der Verband Region Stuttgart hier unterstützend tätig werden kann.</p>			
V.02. - 213	CDU/ ÖDP	<p>Subjektives Sicherheitsgefühl in den S-Bahnen und an den Stationen verbessern</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. aktuelle Zahlen zur Sicherheitslage in den S-Bahnen und an den S-Bahnstationen vorzulegen; 2. zu prüfen, welche Maßnahmen andere vergleichbare Verkehrsbetriebe im Hinblick auf die Sicherheit in S-Bahnen und an Bahnsteigen ergreifen; 3. zu prüfen, in wie weit das subjektive Sicherheitsgefühl in den S-Bahnen und an den S-Bahnstationen verbessert werden kann (beispielsweise Hinweise auf Videoüberwachungen, zusätzliche Security ab 20 Uhr, etc.). 			
V.03. - 218	CDU/ ÖDP	<p>Förderprogramm für RegioRad-Stationen „2 für 1“ weiter stärken</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, die Haushaltsmittel für das Förderprogramm bei RegioRad-Stationen „2 für 1“ von 500.000 Euro auf 1.000.000 Euro zu verdoppeln.</p>			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
V.04. - 235	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p>Ausbaupotentiale Strohäubahn</p> <p>Die Verwaltung nimmt Gespräche mit dem Landkreis Ludwigsburg zur Verlängerung der Strohäubahn zum Salzweg auf. Sie berichtet im Verkehrsausschuss über die notwendigen infrastrukturellen Investitionen, die Verlängerungspotentiale nach Weissach und die Ergebnisse der Reaktivierungsstudie des Verkehrsministeriums BW.</p>			
V.05. - 238	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p>Fragmentierung verhindern - Einheitliches On-Demand-System in der Region Stuttgart</p> <p>Der Verband Region Stuttgart erarbeitet gemeinsam mit den Landkreisen und der Landeshauptstadt ein Konzept für ein regionsweit einheitliches, flexibles Rufbussystem (on demand) und prüft wie dieses sinnvoll in den VVS Tarif integriert werden können.</p>			
V.06. - 240	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p>Graffitizug S-Bahn Stuttgart – Zeitfenster bis zum Redesign clever nutzen</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der S-Bahn Stuttgart ein Modellprojekt zu initiieren, bei dem es Graffiti-Künstler*innen freigestellt wird, die Außenfassade eines S-Bahn-Zuges zu gestalten. Ziel dieses Modellprojektes ist es, anknüpfend an die Graffiti-Ausstellung in der Bahnhofshalle, einheimischen Sprayer*innen durch die Gestaltung eines Zuges im Stil der einheimischen Hip-Hop-Subkultur eine Plattform und eine Präsentationsmöglichkeit zu bieten.</p>			
V.07. - 247	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p>Ausbau Nachtverkehr</p> <p>Die Verwaltung bereitet den Ausbau des Nachtverkehrs durch die Verlängerung der Betriebszeiten um einen Umlauf von Sonntag bis Donnerstag zum kleinen Fahrplanwechsel im Juni 2021 vor. Die Verwaltung beziffert die hierfür notwendigen Mittel und stellt diese in den Haushalt ein.</p>			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
V.08. - 248	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p>ÖPNV Jugendkonferenz verstetigen</p> <p>Die regionale ÖPNV-Jugendkonferenz, die in den vergangenen Jahren vom Jugendrat der Stadt Stuttgart ausgerichtet wurde, soll künftig unter Regie des Verbands Region Stuttgart fortgeführt werden. Einmal im Jahr sollen die Jugendrät*innen in der Region zu einer ÖPNV- Jugendkonferenz geladen werden. Die Verwaltung beziffert die hierfür notwendigen Mittel und stellt diese in den Haushalt ein.</p>			
V.09. - 249	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p>Qualitätsoptimierungen für die Linie S60</p> <p>Zum kleinen Fahrplanwechsel im Juni 2021 wird die Linie S60</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. an Sonntagen nach Stuttgart durchgebunden und 2. in der Nebenverkehrszeit bis nach Leonberg geführt. <p>Die Verwaltung beziffert die hierfür notwendigen Mittel für das Jahr 2021 (etwa 370.000€) und stellt diese in den Haushalt ein.</p>			
V.10. - 250	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p>Relexbusse (weiter-)entwickeln</p> <p>Die Verwaltung prüft</p> <ul style="list-style-type: none"> • wie das aktuelle Angebot hinsichtlich Linienführung und Taktung (noch) kundenfreundlicher gestaltet werden kann • welche zusätzlichen Linienführungen innerhalb der Region und über das Verbandsgebiet hinaus entwickelt werden können, insbesondere eine Linie Kirchheim – Boll - Göppingen • wie die Relexflotte langfristig mittels alternativer Kraftstoffe und Antriebstechnik klimafreundlicher fahren kann. 			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
V.11. - 252	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p>Update für die S-Bahn</p> <p>Der Verband Region Stuttgart verbessert das WLAN in der S-Bahn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das WLAN-System in der S-Bahn wird auf das neue einheitliche WLAN-System der Deutschen Bahn „WIFI@DB“ umgestellt. 2. Die unterirdischen Stationen werden mit WLAN-Accesspoints ausgestattet. 3. Der Mobilfunkempfang entlang der S-Bahn Achsen wird verbessert und Lücken geschlossen. 4. Insbesondere soll die Stammstreckensanierung im Sommer 2021 dafür genutzt werden die Stammstrecke mit 5G auszurüsten und die Kapazität von 4G zu verbessern, um auch Lastspitzen in der Hauptverkehrszeit gerecht zu werden. <p>Ebenfalls soll das Bildschirmsystem in der S-Bahn im Rahmen des Redesign auf ein Infotainment System ausgebaut werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 5. Aktuelle Informationen über die Arbeit der Regionalversammlung und Nachrichten von bspw. tagesschau.de sollen nicht nur im WLAN-Portal der S-Bahn dargestellt, sondern auch auf den Bildschirmen in der S-Bahn angezeigt werden. 6. Die Bildschirme in der S-Bahn sollen in regelmäßigen Abständen ein Livebild der Überwachungskameras zeigen. Gegebenenfalls soll dies nur abends geschehen. Die Verwaltung beziffert die für die einzelnen Maßnahmen notwendigen Mittel und stellt diese in den Haushalt ein. 			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
V.12. - 253	Bünd- nis90/ Die Grü- nen	<p>VVS Tarif weiterentwickeln</p> <p>Folgende Vorschläge werden zur Vorstellung auf dem Tarifsymposium im Früh- jahr 2021 gemeinsam mit dem VVS geprüft:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ausweitung des Kurzstreckentickets 2. Kundenorientierte Angebote für Teilzeitnutzung; insbesondere als Best-Price- Angebote 3. Mitnutzung von IC-Zügen mit VVS Tickets (ggf. auch mittels Aufpreis: Kinder- ticket oder IC-Zuschlag) 			
V.13. - 242- 244	Bünd- nis90/ Die Grü- nen, SPD, DIE LINKE/ PIRAT	<p>Mittel für RegioRad Förderprogramm verdoppeln</p> <p>Ab dem Haushalt 2021 werden jährlich weitere 85.000€ für das Förderpro- gramm RegioRad „Zwei für eine“ eingestellt. Bei drohender Überzeichnung wird der Verkehrsausschuss unmittelbar informiert.</p>			
V.14. - 229	Freie Wähler	<p>Resolution: „Den ÖPNV nicht im Regen stehen lassen“ - Rettungsschirm auch in 2021</p> <p>Die Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart fordert im Wege der Verabschiedung einer Resolution die Landesregierung auf, den Rettungsschirm für den Öffentlichen Nahverkehr in Baden-Württemberg über das Jahresende 2020 hinaus zu verlängern, um den ÖPNV zu schützen, damit Verkehrsver- bünde und Verkehrsunternehmen die Zeit der Pandemie überstehen.</p>			
V.15. - 230	Freie Wähler	<p>Stadttickets für Verwaltungsgemeinschaften</p> <p>Der VRS beantragt beim VVS die Zulassung von Stadttickets auch für die Ge- biete der Verwaltungsgemeinschaften und Gemeindeverwaltungsverbände.</p>			
V.16. - 231	Freie Wähler	<p>Regionalzug BB-NT</p> <p>Der VRS erweitert seinen Untersuchungsauftrag für eine Tangentiale ins Neckartal um die Prüfung einer Regionalzugverbindung Böblingen-Flughafen- Nürtingen.</p>			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
V.17. - 191	SPD	<p>365 Euro-Ticket im VVS für alle</p> <p>Der Verband Region Stuttgart bekennt sich zum Ziel, dass im gesamten Gebiet des VVS ein 365 Euro-Ticket für alle eingeführt wird. In einem ersten Schritt ist dieses zunächst für Schüler*innen, Studierende, Auszubildende, Senioren und Personen mit niedrigem Einkommen umzusetzen.</p>			
V.18. - 192	SPD	<p>Auslastung und Fahrgeldeinnahmen der 1. Klasse in der SBahn</p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, dem Verkehrsausschuss über die Auslastung der 1. Klasse in den Jahren 2019 und 2020 zu berichten, insbesondere unter Berücksichtigung des Zeitraums der CoronaPandemie. Ebenso soll dargestellt werden, welche Fahrgeldeinnahmen in diesen Jahren generiert wurden.</p>			
V.19. - 193	SPD	<p>Flex-Tarif für Teilzeitkräfte und für Beschäftigte im Homeoffice</p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, sich zusammen mit dem VVS für eine zeitnahe Einführung eines Flex-Tarifs für Teilzeitkräfte und für Beschäftigte im Homeoffice einzusetzen.</p>			
V.20. - 194	SPD	<p>Betriebsprogrammstudie für die Panoramabahn</p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, die DB Netz AG mit der Durchführung einer Betriebsprogrammstudie für die Panoramabahn zu beauftragen. Dabei soll ein konkretes Betriebsprogramm für die Zeit unmittelbar nach Abhängung der Gäubahn vom alten Stuttgarter Hauptbahnhof und Inbetriebnahme des neuen Haltepunktes am Nordbahnhof entwickelt werden. Es sollen aber auch erste konkrete Perspektiven für die Nutzung der Panoramabahn nach Inbetriebnahme von Stuttgart 21, der Anbindung der Gäubahn über den neuen Flughafenbahnhof und den neuen Nordzulauf entwickelt werden.</p>			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
V.21. - 195	SPD	<p>Mehr Sicherheit für Frauen in S-Bahnen</p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, mehr Sicherheit für Frauen in S-Bahnen zu gewährleisten. Dafür sollen folgende Maßnahmen erörtert und möglichst umgesetzt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Aufstockung des Begleitpersonals in S-Bahnen, vor allem in den Abendstunden unter der Woche, am Wochenende und vor Feiertagen 2. Investitionen in innovative Sicherheitsmaßnahmen 3. Einrichtung von Frauenabteilen/Bereichen in S-Bahnen im Zuge des neuen ReDesigns 4. Workshop-Angebote „Sicher unterwegs im ÖPNV“ für Frauen 			
V.22. - 196	SPD	<p>Mitnahmemöglichkeiten von Kindern erweitern</p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, sich zusammen mit dem VVS für bessere Mitnahmemöglichkeiten von Kindern unter der Woche einzusetzen. Dabei sollen konkret die Inhaber*innen von Jahres-TicketPlus (jedermann, 9-Uhr, Firmen-Abo, 9-Uhr-Firmen-Abo) montags bis freitags ganztägig alle eigenen Kinder oder bis zu 3 Kinder (jeweils 6 - 17 Jahre) mitnehmen können.</p>			
V.23. - 197	SPD	<p>Sachstand P+R-Konzept</p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, einen Bericht anhand eines detaillierten Gesamtüberblicks über den Stand des Projektes P+RKonzept zu geben, insbesondere über: - den Stand der Bemühungen um eine App und die zeitliche Zielsetzung des Digitalisierungsprojektes bzw. den ggf. bestehenden technischen Nachrüstungsbedarf an den vertraglich gebundenen P+R-Anlagen - den Stand möglicher Kooperationen mit anderen Anbietern von P+R-Anlagen, wie z.B. der landeseigenen PBW-Parkraumgesellschaft mbH - den Stand der Umsetzung der Beschilderung der regionalen P+R-Anlagen - den Verhandlungsstand mit den Kommunen und konkreten Stand der Vertragsverhandlungen für die bisherigen Standorte - die Ausgestaltung der Parkgebühren an den bisher vertraglich gebundenen Standorten - den Stand der Umsetzung rechtssicherer Einstellbedingungen/Benutzungsordnungen an den einzelnen Standorten - die Auslastung der für das Projekt in der Geschäftsstelle zur Verfügung stehenden Mitarbeiter bzw. möglichen Handlungsbedarf</p>			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
V.24. - 198	SPD	<p>„Regionale*r Behindertenbeauftragte*r“</p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, eine/eine „Behindertenbeauftragte*n“ in regionaler Verantwortung einzurichten. Der/die Behindertenbeauftragte soll:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Für die Bündelung, Koordinierung und Initiierung von Ideen und Maßnahmen zuständig sein, damit Behindertenfreundlichkeit und Barrierefreiheit gefördert und zu einer Selbstverständlichkeit in der Region Stuttgart werden; - Als Ansprechpartner*in fungieren, u.a. für Behindertenbeauftragte in der Region (Stadt Stuttgart, Kreis Böblingen, Kreis Esslingen, Rems-Murr-Kreis, Kreis Göppingen), mit denen zu den Themen Behindertenfreundlichkeit und anderen Anliegen hinsichtlich der Barrierefreiheit, insbesondere unseren S-Bahnhöfen, in regelmäßigen Abständen ein Austausch stattfindet. - Sofern erforderlich, sind dafür die stellenmäßigen Voraussetzungen zu schaffen (Teilzeitstelle) 			
V.25. - 169	AfD	<p>Integration des LK Göppingen in den VVS</p> <p>Die Regionalverwaltung möge im Juli 2021 und im Januar 2022 in zwei Halbjahresberichten über die Umsetzungen und Fortschritte bei der Integration des LK Göppingen in den VVS berichten.</p>			
V.26. - 171	AfD	<p>Corona-Auswirkungen auf S-Bahnen</p> <p>Die Regionalverwaltung möge halbjährlich über den Auslastungsgrad der S-Bahnen berichten, aufgeschlüsselt nach Haupt- und Nebenzeiten.</p>			
V.27. - 175	AfD	<p>Praktizierung von 24-Stunden-Baustellen</p> <p>Zur Beschleunigung der vom VRS mitverantworteten Baumaßnahmen möge dieser auf schnellstmögliche Umsetzungen in den Realisierungsphasen hinwirken, z. B. durch „Rund-um-die Uhr-Baustellen“.</p>			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
V.28. - 176	AfD	<p>Reaktivierung der Strecke Markgröningen – Ludwigsburg</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, sich für eine baldmögliche Reaktivierung der Eisenbahnstrecke Ludwigsburg Bf – Markgröningen Bf einzusetzen. Hierfür sollen zunächst</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Förderfähigkeit eines Stufenplans mit den Fördergebern geklärt werden, 2. Verhandlungen über eine Umsetzungsvereinbarung mit der DB Netz AG (als Eigentümerin der stillgelegten Bahnstrecke Ludwigsburg – Markgröningen) und dem Landkreis Ludwigsburg bzw. dem Zweckverband „Stadtbahn Ludwigsburg“ aufgenommen werden, 3. eine Fahrplanrobustheitsprüfung für den benannten Streckenabschnitt beauftragt werden sowie 4. ein Freischnitt der stillgelegten Gleise für diesen Winter (2020/21) mit der DB Netz AG vereinbart oder beauftragt werden. 			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
V.29. - 157	FDP	<p>Feinstaub – Messungen in unterirdischen Haltestellen – Anzeigetafeln mit aktuellen Werten</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2021.</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart berichtet, inwieweit von der Landesregierung eigener Aussage in der Landtagsdrucksache 16/4200 vom 06.06.2018 nach „gegenüber der DEKRA und den zuständigen Betreibern der Stuttgarter S- und U-Bahnen angeregt, längere Messreihen zur Luftqualität in Bahntunneln und unterirdischen Bahnhöfen zu erheben“, solche Werte erhoben worden sind und wenn ja, wie die Ergebnisse aussehen.</p> <p>2. Der Verband Region Stuttgart startet möglichst zum 1. Januar 2021, spätestens am 1. April 2021 ein mindestens zwölfmonatiges Messprogramm in den unterirdischen U- und S-Bahnstationen, das die aktuellen Feinstaubwerte ermittelt. Die Daten sollten mit den an den von der LUBW betriebenen Messstationen erhobenen Werten vergleichbar sein und in einer 24/7-Messreihe erhoben werden. Die Werte sollten, soweit technisch möglich, direkt auf Anzeigetafeln an den Stationen für die ÖPNV-Benutzenden erkennbar sein.</p> <p>3. Der Verband Region Stuttgart prüft gegebenenfalls, ob Reinigungstechnik wie die am Neckartor eingesetzten Reinigungsfilter in den genannten Stationen eingesetzt werden kann, um den Feinstaubgehalt auf einen Tagesmittelwert analog zu dem für den übrigen Verkehr geltenden Tagesmittelwert oder sogar niedriger zu senken.</p> <p>4. Die Geschäftsstelle prüft, ob ein Betrag von 100.000 Euro für die erste Messreihe im Jahr 2021 und für eine daraus eventuell folgende erste Ausstattung mit Filtern ausreichend ist und stellt diesen in den Etat 2021 ein. Die Geschäftsstelle prüft, ob für ein solches Vorgehen gegebenenfalls Mittel des Landes in Anspruch genommen werden können und informiert über deren Höhe.</p>			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
V.30. - 160	FDP	<p>Hackathon Innovative digitale Verkehrs- und ÖPNV-Dienstleistungen</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2021. Der Verband Region Stuttgart veranstaltet im Frühjahr 2021 einen Hackathon zur Weiterentwicklung der Dienstleistungen für Verbraucher und Nutzer im Nahverkehr der Region. Ausgeschrieben werden sollen drei Preise in Höhe 10.000, 5.000 und 2.500 Euro für innovative Ideen in folgenden Kategorien</p> <ul style="list-style-type: none"> • digitale Unterstützung des Fußgängerverkehrs • digitale Unterstützung der optimalen Verkehrsnutzung in der Region. (zum Beispiel optimaler Verkehrsfluss unter den Gesichtspunkten Schnelligkeit/Ökologie/Kosten, Park-Leitsysteme, ruhender Verkehr) • Stärkung der digitalen Kompetenzen der Nahverkehrsteilnehmer (zum Beispiel Parkleitsysteme für Menschen mit Einschränkungen, Leitsystem für die barrierefreie Nutzung des ÖPNV, Handy-Tickets für alle, Fortbildungsmaßnahmen, digitale Lernhilfen) • Verbesserung der digitalen Ausstattung der Nahverkehrsmittel (zum Beispiel, erhöhte zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer gegen Übergriffe, sicherer Schulweg per S-Bahn, passgenaue digitale Werbung, VVS-Angebote und Preise, WLAN-Ausstattung) <p>Die Geschäftsstelle prüft zusammen mit der WRS, ob ein Betrag von 50.000 Euro für die Umsetzung des Hackathons ausreicht und stellt den ermittelten Betrag in den Haushalt 2021 ein.</p>			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
V.31. - 161	FDP	<p>Sommerferienangebot 2021 – Verbundabos landesweit nutzbar machen – bwAboSommer</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2021.</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart berichtet, ob und wenn ja welche Kosten ihm beziehungsweise dem VVS durch die Aktion bwAboSommer vom 31. Juli bis 13. September 2020 entstanden sind. Laut Pressemitteilung des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg vom 10. Juli 2020 haben sich „...unter Federführung des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg ... alle Verkehrsverbünde, alle Eisenbahnverkehrsunternehmen und die Baden-Württemberg-Tarif-Gesellschaft auf diese einmalige Aktion verständigt. Partner sind der Verband der Verkehrsunternehmen VDV und der Verband der Omnibusunternehmen WBO sowie der Städtetag, der Gemeindetag und der Landkreistag. Eine gemeinsame Werbekampagne der Mobilitätsmarke bwegt und den Verbänden wird unter dem Motto „das längste Festival aller Zeiten“ diesen bwAboSommer begleiten.“ Entstehende Kosten müssten demnach unter den genannten Beteiligten verteilt worden sein, insbesondere ist deshalb auch interessant, ob es Zuschüsse des Landes zu dieser Aktion gegeben hat. Der Verband Region Stuttgart bewertet in dem beantragten Bericht den Erfolg der Aktion.</p> <p>2. Der Verband Region Stuttgart berichtet, ob für 2021 eine ähnliche Aktion geplant ist und wie deren Finanzierung aussieht, gegebenenfalls, ob der Finanzbedarf in die geplante Tarifierhöhung für 2021 eingeflossen ist.</p> <p>3. Für den Fall, dass Haushaltsmittel notwendig sind, um das Angebot 2021 zu wiederholen, beziffert die Wiederholung der Aktion, unter der Voraussetzung, dass der Finanzbedarf unter 50.000 Euro liegt (ca. 3,4 Cent bei knapp 1,5 Millionen Inhabern von Jahres-, Firmen und Seniorentickets).</p>			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
V.32. - 180	DIE LINKE/ PIRAT	<p>Bindung an das VVS-Abo stärken</p> <p>Der VVS wird aufgefordert, ein Set an Maßnahmen vorzuschlagen, um die Kundenbindung an das Abonnement zu stärken. Dazu sind folgende Vorschläge zu prüfen:</p> <p>1. In den Schulferien wird jedes Zonen-Abo zum VVS-Verbundticket. Dazu ist mit der Regio Stuttgart Marketing und Tourismus GmbH eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln.</p> <p>2. Ein degressives Preismodell nach dem Prinzip: Je länger der/die Nutzer*in ein VVS-Abonnement hält, desto größer der Preisanreiz. Wir schlagen vor, pro Jahr bestehendes Abonnement 1 Prozentpunkt Preisnachlass zu gewähren, bis zu einer Obergrenze von 25 Prozentpunkten nach 25 Jahren Abo. Dabei soll der personalisierte Bonus erhalten bleiben, unabhängig davon, welches konkrete Abo der/die Nutzer*in hat. Er verfällt jedoch, sobald ein Abo ersatzlos gekündigt wird.</p>			
V.33. - 181	DIE LINKE/ PIRAT	<p>Durchgehende Nacht-S-Bahn in der Region einführen</p> <p>1. Die Verwaltung erstellt Betriebsvarianten mit dazugehöriger Kostenberechnung für einen durchgehenden S-Bahn-Nachtverkehr von Montag bis Sonntag sowie für einen verlängerten Spätverkehr, und stellt diese Varianten dem Verkehrsausschuss zur Diskussion und gegebenenfalls zur Beschlussfassung vor. Insbesondere sollen hierbei geprüft werden:</p> <p>a) Die Ausweitung des werktäglichen Spätverkehrs (Halbstundentakt) auf der S-Bahn bis ca. 2:00 Uhr.</p> <p>b) Die Übertragung des derzeitigen Wochenend- bzw. Feiertags-Spätverkehrs auf die gesamte Woche.</p> <p>2. Die Verwaltung führt Gespräche mit den übrigen Aufgabenträgern des ÖPNV mit dem Ziel, das Interesse an einer Ausweitung des S-Bahn-Nachtverkehrs sowie an einer Ausweitung des An- und Abdienverkehrs zu eruieren.</p> <p>3. Die für die Erstellung der Betriebsvarianten erforderlichen Mittel sind im Haushalt darzustellen und zu veranschlagen.</p>			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrs- ausschusses	Finanzielle Aus- wirkung
V.34. - 182	DIE LINKE/ PIRAT	<p>Öffnung der 1. Klasse zur Hauptverkehrszeit</p> <p>Der S-Bahn Stuttgart soll die Möglichkeit gegeben werden, 1. Klasse Abteile mit Ausnahme des vordersten Abteils in jedem Zug bei Bedarf in der Hauptverkehrszeit für alle Fahrgäste freizugeben. Die Reservierung des vordersten Abteils soll sicherstellen, dass für Nutzer*innen der 1. Klasse immer eine Garantie auf einen entsprechenden Platz besteht.</p> <p>In einem Probelauf wird diese Möglichkeit vorerst in einigen Zügen getestet. Im Anschluss wird durch eine Fahrgastbefragung evaluiert, wie das Angebot von den Nutzer*innen angenommen wird.</p>			
V.35. - 190	DIE LINKE/ PIRAT	<p>VVS Fahrpreiserhöhung für 2021 aussetzen!</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart lehnt eine Tarifierhöhung im VVS im Jahr 2021 auf Kosten der Nutzer*innen ab.</p> <p>2. Der Verband Region Stuttgart fordert die Verbandsspitze auf, mit den Aufgabenträgern im Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) Gespräche aufzunehmen, um über eine steuerfinanzierte Deckung der Mehraufwendungen der Verkehrsunternehmen zu verhandeln.</p> <p>3. Die Verbandsspitze unterrichtet zukünftig die Regionalversammlung oder den Verkehrsausschuss über die Mehraufwendungen der Verkehrsunternehmen im VVS, bevor die Aufsichtsräte von SSB und VVS darüber beraten.</p>			

III. Zu behandeln im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung am 25.11.2020:

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung	Finanzielle Aus- wirkung
W.01. - 209	CDU/ ÖDP	<p>Breitbandausbau an Schulen beschleunigen</p> <p>Die Gigabit-Region Stuttgart GmbH wird beauftragt, den Breitbandausbau für die Schulen in der Region zu beschleunigen. Das bisher angestrebte Ausbaujahr 2025 ist angesichts der Notwendigkeit zur raschen Digitalisierung des Unterrichts zu spät. Begleitend können derzeit von den Kommunen Bundesmittel aus dem Förderprogramm Breitband, Sparte Schulen, des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur beantragt werden.</p>			
W.02. - 214	CDU/ ÖDP	<p>Synthetische Kraftstoffe weiterentwickeln als weitere Säule zum Erreichen der Klimaziele und Sicherung des Automobilstandortes Deutschland</p> <p>Die WRS und die Verbandsgeschäftsstelle werden beauftragt,</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Forschung, Entwicklung und den wirtschaftlichen Einsatz von synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels) gemeinsam mit den führenden Entwicklern in der Region voranzutreiben. - Zusammen mit den zuständigen Akteuren auf Bundes- und Landesebene auf die Anrechenbarkeit der E-Fuels auf die EU-Flottenziele der deutschen Automobilhersteller hinzuwirken. 			

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung	Finanzielle Aus- wirkung
W.03. - 215	CDU/ ÖDP	<p>Thesisarbeiten zu Güterverkehr und Logistik</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, wissenschaftliche Thesisarbeiten zu folgenden Fragestellungen in Auftrag zu geben:</p> <p>1. Wie sind Güterverkehre auf nicht nach der Eisenbahnbetriebsordnung betriebenen Strecken (z.B. der Stadtbahn) umzusetzen (Potenziale, Fahrzeuge, Infrastruktur)? So könnte etwa bei einer potenziellen Stadtbahnverlängerung der Strecke Stammheim – Schwieberdingen ein Werksverkehr vom potenziellen Porsche-Werk Schwieberdingen zum Porsche-Werk Zuffenhausen eingerichtet werden.</p> <p>2. Wie können innerstädtische Bahnstrecken (z. B. das Stadtbahnnetz) für Logistikzubringerleistungen genutzt werden? So wurden in Frankfurt/Main bereits Tests mit der Straßenbahn durchgeführt, wie Paketdienstleister Pakete in die Innenstadt transportieren können, um sie dort an Fahrradkuriere zu übergeben. In der Region Karlsruhe läuft das Projekt RegioKArgo, bei dem mit Partnern (u.a. der Stadt Karlsruhe, Alternativer VorschlagG, FH Offenburg, KIT, dem Einzelhandel) die Belieferung von Firmen und Einzelhandel über das Netz der Stadtbahn getestet wird.</p> <p>3. Wie groß ist das Potenzial von Regionalgüterzügen vom Güterlogistikzentrum Kornwestheim in die Region hinaus (Infrastruktur, Fahrzeuge, Menge, Strecken)? Mit Hilfe, etwa von seitlichen Entladesystemen (Container-Mover, gdh-Seitenentlader) könnten Container an Bahnhöfen in der Region entladen und von Lkws (idealerweise emissionsfrei) übernommen werden. Dadurch könnte die Lkw-Belastung in Kornwestheim reduziert und auch die Zahl der Lkw auf den Strecken dorthin verringert werden.</p> <p>Für Aufwendungen der Studenten (z.B. Fahrtkosten in die Region) werden entsprechende Mittel in den Haushalt eingestellt.</p>			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung	Finanzielle Aus- wirkung
W.04. - 216	CDU/ ÖDP	<p>Am Gebäude Kronenstr. 25, die Region Stuttgart in ihrer ganzen Breite, Vielfalt, Unverwechselbarkeit als Teil einer starken Raumschaft identitätsstiftend darstellen</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, zu prüfen, ob und wie das Gebäude Kronenstr. 25 optisch und symbolisch stärker als Sitz der Geschäftsstelle des Verbands Region Stuttgart präsentiert werden kann.</p>			
W.05. - 219	CDU/ ÖDP	<p>Europastrategie weiterentwickeln</p> <p>Der Verband Region Stuttgart wird beauftragt, die in Verband und WRS für die anstehende Weiterentwicklung der Europastrategie des Verbandes angestellten Überlegungen in den Gremien des Verbandes vorzustellen. Insbesondere sollen in diesem Zusammenhang</p> <ul style="list-style-type: none"> - neue Wege, die Forschungs- und Fördermöglichkeiten entlang der Prioritäten der neuen Kommission zu antizipieren, - Bedarf und Möglichkeiten, die Schaufensterfunktion der Region Stuttgart in Brüssel zu schärfen, - Strategien, die den Folgen für die Wirtschaft in der Region Stuttgart im Hinblick auf die Corona-Pandemie und den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union entgegenwirken, - Perspektiven, die sich für die integrierte Stadtentwicklung in der Region im Kontext des Dialogprozesses zur Weiterentwicklung der Leipziger Charta eröffnen, - Handlungsbedarf, der sich aus dem Stand des Ausbaus der Magistrale Paris-Budapest, insbesondere im Streckenabschnitt Kehl – Stuttgart – Ulm, ergibt, aufgezeigt werden. 			

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung	Finanzielle Aus- wirkung
W.06. - 220- 222	CDU/ ÖDP, Freie Wähler, FDP	<p>Regionales und interkommunales Logistikzentrum</p> <p>Mit der im Jahr 2020 eingetretenen Corona-Krise hat sich verstärkt gezeigt, dass sowohl der Handel wie auch Produktionsbetriebe auf eine reibungslose Logistik angewiesen sind. Wenn Logistikflächen fehlen, ist mittelfristig mit einer Abwanderung auch von Produktionsbetrieben zu rechnen. Wie die WRS wiederholt dargelegt hat, fehlt es der Region an geeigneten Flächen, um entsprechende Unternehmen bzw. Unternehmensteile von Bestandsunternehmen anzusiedeln. Die Verbandsgeschäftsstelle wird deshalb beauftragt, gemeinsam mit der WRS ein Modell „gemeinsames regionales und interkommunales Logistikzentrum“ zu entwickeln. Dabei sollen folgende Faktoren berücksichtigt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Denjenigen Kommunen, die über regionalplanerisch geeignete Flächen für die Ansiedlung von Logistikunternehmen verfügen, wird für Erschließung und Betrieb der Fläche eine regionale Beteiligung angeboten. Dies gilt in erster Linie für interkommunale, aber auch für kommunale Ausweisungen. 2. Die regionale Beteiligung umfasst grundsätzlich eine anteilige Mitfinanzierung an der Erschließung und Bereitstellung der Fläche einschließlich deren Anbindung an das überörtliche Straßennetz. 3. Der Verband bietet ggf. eine gemeinsame Trägerschaft eines Ladeterminals nach den jeweiligen örtlichen Interessenlagen an. Dabei ist die Wahrnehmung der Beteiligung durch die Verbandsseite institutionell zu klären. 4. Eine Bewertung des erforderlichen Finanzierungsaufwands des Verbandes erfolgt im Einzelfall und bedarf besonderer Beschlussfassung durch die Regionalverbandsversammlung. 			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung	Finanzielle Aus- wirkung
W.07. - 223- 224	CDU/ ÖDP, FDP	<p>Region Stuttgart soll Spitzenstellung in der Wasserstofftechnologie erhalten</p> <p>Damit der Wirtschaft in der Region Stuttgart die Transformation der Energieträger weg vom Kohlenstoff gelingt, ist eine technologieoffene Förderung alternativer Energieträger notwendig. Wasserstoff kann dabei eine zentrale Rolle spielen. Wir wollen, dass die Region Stuttgart in diesem Segment eine nationale Spitzenstellung erlangt. Dazu wird ein Betrag von insgesamt 20 Millionen Euro in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt und in jährlichen Tranchen von 5 Millionen Euro aufgeteilt. Der Betrag wird der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH zur Verfügung gestellt, um damit zielgerichtet investive Förderprogramme zur Kofinanzierung, Kooperationsprojekte und andere Maßnahmen über die in der Vorlage 072/2020 genannten hinaus zu entwickeln. Die Inanspruchnahme der Mittel in den kommenden Jahren wird von der zu erarbeitenden Wasserstoffstrategie der WRS und den eingereichten Projektvorschlägen abhängig gemacht. Zielgruppe ist insbesondere die Energiewirtschaft sowie Industrieunternehmen in der Region.</p>			
W.08. - 236	Bünd- nis90/ Die Grünen	<p>Baustoffe unter der Lupe</p> <p>Wir beantragen eine Veranstaltung im Rahmen des „Treffpunkt Klimaschutz“ zum Thema Baustoffe und Baustoffrecycling. Schwerpunkte sollen sowohl Fragen nach der Energiebilanz von Zement und Beton, nach alternativen Herstellungsprozessen und Betonrecycling, aber auch eine vergleichende Betrachtung unterschiedlicher Baustoffe sein.</p>			
W.09. - 239	Bünd- nis90/ Die Grünen	<p>Gewerbebrachen proaktiv begegnen</p> <p>Die WRS mit ihrer Abteilung für Gewerbeflächenentwicklung geht mit der notwendigen Sensibilität bereits bei Bekanntwerden von möglichen Flächenstilllegungen auf die betroffenen Unternehmen und die Verantwortlichen der Kommunen zu, um eine bestmögliche und schnelle Wiederverwertung des brachfallenden Geländes anzustreben.</p>			

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung	Finanzielle Aus- wirkung
W.10. - 241	Bünd- nis90/ Die Grünen	<p>Grüner Wasserstoff und mehr Erneuerbare Energien für mehr Klimaschutz</p> <p>1. Der VRS prüft den Einsatz von grünem Wasserstoff im Rahmen der regionalen Busverkehre, insbesondere bei den Expressbussen. 2. Der VRS prüft gemeinsam mit den Kommunen die Verfügbarkeit und Eignung von Flächen für PV-Freiflächenanlagen in der Region, besonders auf vorbelasteten Standorten, und unterstützt zusammen mit fachkundigen Institutionen eine baldige Umsetzung.</p>			
W.11. - 227	Freie Wähler	<p>Erneuerbare Kraftstoffe - Chance für die nachhaltige Mobilitätsregion Stuttgart</p> <p>Der VRS veranstaltet in der ersten Jahreshälfte 2021 durch die Wirtschaftsregion ein Symposium mit Spitzenvertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Bundes- und Landespolitik zum Thema „Zukunft des Automobilstandortes Region Stuttgart unter besonderer Berücksichtigung des Einsatzes von erneuerbaren Kraftstoffen als Chance für den ‚grünen Verbrenner‘“. Hierfür werden Haushaltsmittel in Höhe von 50 000 € zur Verfügung gestellt.</p>			
W.12. - 228	Freie Wähler	<p>Autonomes Fahren - es geht um die letzte Meile</p> <p>Autonomes Fahren wird die Mobilität grundlegend verändern. Als Mobilitätsregion muss ein Interesse daran bestehen, Kompetenzen zu bündeln und für die vielen Aktivitäten der unterschiedlichen Akteure in der Region ein Schaufenster zu schaffen. Der Verband wird beauftragt, auszuloten, ob ein Kompetenzzentrum „autonomes Fahren“ ausgeschrieben wird, um auch auf diesem Gebiet „Flagge zu zeigen“.</p>			
W.13. - 234	Freie Wähler	<p>Kassenkredite</p> <p>In der Haushaltssatzung ist das Volumen (Höchstbetrag) für Kassenkredite an der rechtlich zulässigen Obergrenze festzusetzen.</p>			

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung	Finanzielle Aus- wirkung
W.14. - 199	SPD	<p>Gründerfreundliche Kommunen unterstützen</p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, 100.000 Euro für Projekte, Prozesse und Formate, die neue Ideen in Wirtschaft und Gesellschaft anstoßen und unterstützen bei der Suche nach neuen Wertschöpfungsmodellen, einzustellen.</p>			
W.15. - 201	SPD	<p>Kurzarbeit für Qualifizierung der Beschäftigten nutzen</p> <p>Die WRS wird beauftragt, gerade jetzt in Zeiten von Kurzarbeit Unternehmen, insbesondere die Automobilbranche, stärker zu motivieren, Zeit und Ressourcen in die Qualifizierung der Beschäftigten zu investieren.</p>			
W.16. - 202	SPD	<p>Anschluss an gigabitfähige Glasfaserversorgung an Schulen zügig umsetzen</p> <p>Der VRS wird beauftragt, bei der GigabitRegion dafür zu werben, dass der Anschluss an die gigabitfähige Glasfaserversorgung an Schulen zügig umgesetzt wird. Die Schulen sollen vorrangig bedient werden und nicht erst, wie im Vertrag vorgesehen, im Jahr 2025.</p>			
W.17. - 203	SPD	<p>Digitalisierung in der Verwaltung vorantreiben</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen und Bestrebungen zur Digitalisierung in der Verwaltung und in der Gremienarbeit zu verstärken. Hierfür sollen die Tablets soweit optimiert werden, dass die vom Verband angebotenen Veranstaltungen und Foren problemlos abgerufen werden können. Umfangreiche Vorlagen wie Haushaltspäne oder Beteiligungsberichte sollen grundsätzlich digital verteilt werden.</p>			

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung	Finanzielle Aus- wirkung
W.18. - 163- 164	SPD, FDP	<p>Plattform Fachkräftesicherung</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2021.</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart baut über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WRS) schnellstmöglich eine am konkreten Bedarf des Handwerks, der Industrie und des Mittelstands orientierte digitale Plattform zur Fachkräftesicherung auf.</p> <p>2. Der Verband Region Stuttgart stärkt über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WRS) 2021 die Wirtschaft in der Region mit folgenden konkreten Aktionen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Marketing-Offensive für Weiterbildung und Qualifizierung • Anregung, Unterstützung und Intensivierung von Qualifizierungsangeboten an den Wissenschaftsstandorten und den Berufsschulen der Region. <p>Die Geschäftsstelle prüft zusammen mit der WRS, ob ein Betrag von 150.000 Euro für die Umsetzung der Punkte 1. und 2. ausreicht und stellt den ermittelten Betrag in den Haushalt 2021 ein.</p> <p>3. Der Verband Region Stuttgart initiiert über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WRS) 2021 eine Werbeaktion zur Stärkung des WelcomeCenters, um eine Willkommenskultur zu schaffen, durch die die Region über Baden-Württemberg und Deutschland hinaus als Region wahrgenommen wird, in der die Zukunft wächst, Forschung und Entwicklung, Arbeit und Modernität geschaffen wird.</p> <p>4. Der Verband Region Stuttgart initiiert über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WRS) 2021 eine Initiative, um zum einen Gründer und Entwickler aus den Ländern Israel und dem asiatischen sowie dem innereuropäischen Raum anzuwerben. Finnland und das Baltikum haben sich beispielsweise hier besonders als Herkunftsort innovativer Gründe einen Namen gemacht. Zum anderen sollen gezielt Start-Ups und Gründer aus dem deutschsprachigen Raum angesprochen und ermuntert werden, sich in der Region nieder zu lassen.</p> <p>Die Geschäftsstelle prüft zusammen mit der WRS, ob ein Betrag von 150.000 Euro für die Umsetzung der Punkte 3. und 4. ausreicht. Sie prüft auch, welche Mittel von Land, Bund und Europäischer Union für diesen Zweck zur Verfügung stehen und stellt den ermittelten Betrag in den Haushalt 2021 ein.</p>			

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung	Finanzielle Aus- wirkung
W.19. - 174	AfD	<p>Auflistung freier Verkaufs- und Büroflächen</p> <p>Die Regionalverwaltung möge als Gesamtübersicht nach Kreisen geordnet die ihr bekannten freien Verkaufs- und Büroflächen darstellen.</p>			
W.20. - 177	AfD	<p>Förderung der Integration von Zuwanderern</p> <p>Die Regionalverwaltung möge durch eine stärkere Nutzung der deutschen Sprache die Integration von Zuwanderern besser ermöglichen.</p>			
W.21. - 178	AfD	<p>Schaffung einer Projektdatenbank und eines Leitfadens zu hoch effizienten Energieversorgungskonzepten</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird damit beauftragt, Folgendes zu prüfen und durchzuführen:</p> <p>1. Aufwandsabschätzung zur Erstellung einer regionalen Datenbank, in der ökologisch wie ökonomisch zeitgemäße Energieversorgungskonzepte (Blockheizkraftwerke, dezentrale Wärmenetze, Versorgungskonzepte unter Nutzung regenerativer Energien, Anlagen zur Erzeugung zukunftsfähiger Energieträger wie z. B. Wasserstoff) für Wohnanlagen, Wohngebiete oder Industriebetriebe in der Größenordnung ab 100kVA gelistet werden sollen;</p> <p>2. Erstellen eines Informationsleitfadens, der Kommunen und Kreisen eine Entscheidungshilfe bei der Projektierung der Energieversorgungskonzepte für größere Bauprojekte gibt. Die Datenbank soll bei der Wirtschaftsförderung Stuttgart angesiedelt sein.</p>			

<p>W.22. - 158</p>	<p>FDP</p>	<p>Gigabit Region – Bericht über Stand des Ausbaus - Informationskampagne Digitalisierung und 5G-Ausbau – Förderprogramm Digitalisierung</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2021.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Verband Region Stuttgart lässt die Gigabitregion GmbH über den Stand des Ausbaus des Glasfasernetzes und des 5G-Angebotes in der Region berichten. 2. Der Verband Region Stuttgart berichtet, ob er 2020 am Bundeswettbewerb für „Smart Cities made in Germany“ teilgenommen hat. 3. Der Verband Region Stuttgart berichtet, ob mit der Landeshauptstadt Stuttgart und der Stadt Ludwigsburg, die beide in den vergangenen Jahren in das SmartCity Förderprogramm aufgenommen worden sind, eine Zusammenarbeit existiert. Unabhängig davon informiert er die Regionalversammlung über den Stand der beiden kommunalen Projekte. 4. Der Verband Region Stuttgart bereitet eine Teilnahme am Bundeswettbewerb SmartCities 2021 vor, wenn das Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) bestätigt, dass es auch 2021 einen Förderauftrag "Smart Cities Modellprojekte" geben wird. 5. Der Verband Region Stuttgart setzt den Punkt „Gesundheitliche Auswirkungen von 5G“ auf die Tagesordnung der Regionalversammlung vom 28. April 2021 und lädt Experten zur Information des Gremiums und der Öffentlichkeit ein. Er initiiert abhängig vom Stand des Ausbaus für 2021 eine regionale Informationskampagne zum Thema 5G. Die Verbandsgeschäftsstelle prüft, ob ein Betrag von 50.000 Euro ausreicht, um die Erstellung des Konzeptes und eine erste Umsetzung zu finanzieren. Der von ihr ermittelte Betrag ist in den Etat 2021 einzustellen. Eine Zusammenarbeit mit der Gigabit-Region GmbH ist anzustreben. 6. Der Verband Region Stuttgart entwickelt ein Konzept für die Förderung der Digitalisierung in der Region Stuttgart für die Bereiche <ul style="list-style-type: none"> • IBA 2027 • Öffentlicher Nahverkehr • Wirtschaftsförderung/Gründungberatung • Fördermittelgenerierung <p>Ziel dieses Konzeptes soll es sein, Ansatzpunkte für eine regionale Förderung durch den Verband oder die WRS zu ermitteln, die nicht durch Landes-, Bundes- oder europäische Förderprogramme abgedeckt werden und diese gleichzeitig mit Förderprojekten zu verknüpfen, die aus den vorgenannten übergeordneten Projekte gefördert werden können, um möglichst viele Fördermittel in Projekte in der Region Stuttgart leiten zu können und gleichzeitig den Nutzen zu maximieren.</p> <p>Der Verband Stuttgart prüft dabei insbesondere die Bereiche</p> <ul style="list-style-type: none"> • SmartHome 			
------------------------	------------	--	--	--	--

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system		Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung	Finanzielle Aus- wirkung
	<ul style="list-style-type: none"> • SmartEnergy • SmartMobility <p>auf ihre Eignung im Zuge des Konzeptes. Die Verbandsgeschäftsstelle prüft, ob ein Betrag von 250.000 Euro ausreicht, um die Erstellung des Konzeptes und eine erste Umsetzung zu finanzieren. Der von ihr ermittelte Betrag ist in den Etat 2021 einzustellen.</p>			
W.23. - 159	<p>FDP</p> <p>Photovoltaik Region Stuttgart – Analyse und Ausbaukonzept für mehr Erfolg</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2021.</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart berichtet über die Aktivitäten des Photovoltaik Netzwerkes Region Stuttgart und den Stand verbandseigener Initiativen zur Steigerung der Nutzung der Photovoltaik in der Region Stuttgart.</p> <p>2. Der Verband Region Stuttgart berichtet, wieso die Region Stuttgart nach den Daten des Photovoltaik-Netzwerkes im Vergleich zur angrenzenden Region Donau-Iller, die Spitzenreiter in Baden-Württemberg ist, nur einen hinteren Rang belegt. Und wieso beispielsweise die Stadt Baden-Baden den Spitzenplatz beim Zubau der Photovoltaik-Leistung belegt, während die Landeshauptstadt Stuttgart auf diesem Feld den sechstletzten Platz belegt, obwohl sie über ausreichend Dachflächen verfügt. Dazu ist auffällig, dass die installierte Leistung sogar nur für den letzten Platz ausreicht.</p> <p>3. Der Verband Region Stuttgart gibt eine Analyse über die Gründe für den besseren Ausbaugrad benachbarter Regionen und ein Konzept für eine Beschleunigung des Zubaus an Photovoltaikleistung in der Region Stuttgart auf der Basis der Erfahrungen in den Nachbarregionen in Auftrag. In die Erstellung des Konzeptes ist das Handwerk der Region einzubinden. Die Verbandsgeschäftsstelle prüft, ob ein Betrag von 50.000 Euro ausreicht, um die Erstellung des Konzeptes und eine erste Umsetzung zu finanzieren. Der von ihr ermittelte Betrag ist in den Etat 2021 einzustellen.</p>			

<p>W.24. - 162</p>	<p>FDP</p>	<p>HomeDemocracy – Rechtssichere Online-Teilnahme an Sitzungen für Regionalrätinnen und -räte – Rechtssichere Öffentlichkeitsbeteiligung</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2021.</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart berichtet, welches Vorgehen er in Bezug auf den geänderten § 37a der Gemeindeordnung plant, die auch für die Regionalversammlung maßgebend ist. Insbesondere wann und in welcher Form er eine Änderung der Hauptsatzung plant.</p> <p>2. Der Verband Region Stuttgart klärt mit dem Innenministerium Baden-Württemberg ab, ob die Bestimmungen des §37a sogenannte Hybridsitzungen zulassen. Das heißt, dass erkrankte oder unter Quarantäne stehende Mitglieder der Regionalversammlung mit Stimmrecht zugeschaltet werden können. Sollte dies nicht der Fall sein, wird beantragt in der Hauptsatzung festzulegen, dass bereits im Falle der Erkrankung oder Quarantäne eines Mitglieds die Sitzungen der Regionalversammlung oder eines ihrer Ausschüsse komplett virtuell durchgeführt werden, damit alle Beteiligten ihre Aufgabe uneingeschränkt ausüben können.</p> <p>3. Der Verband Region Stuttgart beschafft angesichts der sich verschärfenden Corona-Lage schnellstmöglich die Technik und Software, mit der für die Regionalrätinnen und -räte analog zu HomeOffice in der Wirtschaft HomeDemocracy in Bezug auf ihre demokratische Aufgabe in der Region sichergestellt werden kann.</p> <p>Zu gewährleisten sind dabei</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Möglichkeit der virtuellen Teilnahme an Sitzungen der Regionalversammlung, der Ausschüsse und aller Untergruppierungen wie beispielsweise der AG Verkehr wie unter Punkt 2 angesprochen. • die virtuelle Anwesenheit bei Sitzungen des Ältestenrates. • die Abhaltung von Fraktionssitzungen in den Räumen des Verbandes Region Stuttgart, die den Fraktionen zur Verfügung stehen. <p>Da in allen genannten Fällen auch nichtöffentliche Inhalte zur Sprache kommen können, definiert der Verband gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit Dritten, welche Technik und Software für diese Zwecke eingesetzt werden darf und stellt diese den Fraktionen zur Verfügung, falls die Sicherheitsvorgaben dies erfordern, da Satz 2 des §37a besagt, „Die Gemeinde hat sicherzustellen, dass die technischen Anforderungen und die datenschutzrechtlichen Bestimmungen für eine ordnungsgemäße Durchführung der Sitzung einschließlich Beratung und Beschlussfassung eingehalten werden“ und dies analog auch für den Regionalverband zutrifft</p> <p>4. Da die Öffentlichkeit der Sitzungen eine wesentliche Voraussetzung für eine ordnungsgemäße Sitzung ist, stellt der Verband Region Stuttgart organisatorisch und technisch sicher, dass die erforderliche Öffentlichkeit bei Sitzungen seiner Gremien, die Voraussetzung für eine Rechtsgültigkeit der Beschlüsse</p>			
------------------------	------------	--	--	--	--

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system		Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung	Finanzielle Aus- wirkung
	<p>ist, jederzeit virtuell hergestellt werden kann und bei jeder öffentlichen Sitzung angeboten wird. Laut §37a muss „... bei öffentlichen Sitzungen nach Satz 1 ... eine zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton in einen öffentlich zugänglichen Raum erfolgen.“ Da ein wesentlicher Ansatz der Corona-Bekämpfung aber die Vermeidung von Menschenansammlungen ist, klärt der Verband mit dem Innenministerium ab, ob welche Größen- und Zugangskriterien gelten und ergänzt dieses Angebot</p> <p>5. Der Verband Region Stuttgart klärt mit allen Firmen und Organisationen, an denen er direkt oder über die WRS beteiligt und in beschlussfassenden Gremien vertreten ist, dass diese eine Sitzungsbeteiligung und Beschlussfassung auf digitalem Weg ermöglichen und informiert die Regionalversammlung über die möglicherweise von den Regelungen der Gemeindeordnung abweichenden Möglichkeiten im Vereins-, GmbH- und Aktiengesellschaftsrecht.</p> <p>6. Die Geschäftsstelle prüft, ob 500.000 Euro für die erste Umsetzung eines HomeDemocracy-Modells ausreichend sind und stellt diesen Betrag oder gegebenenfalls einen höheren in den Haushaltsplan 2021 ein.</p>			

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung	Finanzielle Aus- wirkung
W.25. - 168	FDP	<p>Zukunftsstrategie Region Stuttgart als industrieller Standort bis 2050</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2021.</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart gibt bei einem namhaften wissenschaftlichen Institut eine Studie in Auftrag, die sich mit der Frage beschäftigt, welche Zukunftsstrategie die Region Stuttgart verfolgen soll, um ihre Wirtschaftskraft und das wirtschaftliche Potenzial eines attraktiven Wirtschaftsstandortes bis 2050 und darüber hinaus zu sichern. Ziel der Studie sollen Handlungsempfehlungen sein, die der Verband Region Stuttgart im Rahmen seiner Zuständigkeit direkt umsetzen oder im Rahmen seiner politischen Möglichkeiten gegenüber Dritten initiieren kann.</p> <p>2. An der Auswahl des wissenschaftlichen Instituts werden im ersten Schritt die regionalen Verbände von Handwerk und Industrie sowie die Gewerkschaften beratend beteiligt. Die Federführung des Projektes wird bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Region Stuttgart (WRS) angesiedelt. Diese berichtet vierteljährlich über den Fortschritt des Projektes beziehungsweise interessante Zwischenergebnisse.</p> <p>3. Der Verband Region Stuttgart stellt für die Studie eine erste Tranche von 100.000 Euro bereit. Sollte die Geschäftsstelle feststellen, dass ein höherer Betrag notwendig ist, ist dieser in den Etat einzustellen.</p>			
W.26. - 183	DIE LINKE/ PIRAT	<p>Regionale Start-Up-Förderung</p> <p>Die Verwaltung prüft zusammen mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) die rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten für die Auslobung eines jährlichen regionalen Start-Up-Preises oder eines fortlaufenden regionalen Start-Up-Fonds im Bereich neuer bzw. alternativer Geschäftsfelder und Märkte in der Region Stuttgart, wie sie bereits im Strategie- und Innovationsprozess RS Reloaded dargestellt wurden.</p>			

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung	Finanzielle Aus- wirkung
W.27. - 184	DIE LINKE/ PIRAT	<p>Europaarbeit und RS Reloaded</p> <p>Das Projekt RS Reloaded der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) steht gegenwärtig vor seinem erfolgreichen Abschluss. Wir beantragen nun, dass die WRS zusammen mit dem Europabüro prüft und berichtet, ob EU-Projekte für den RS-Reloaded-Prozess sinnvoll genutzt werden können, um diesen zu unterstützen und zu fördern.</p> <p>Dieser Bericht soll vor allem auch die „Territoriale Agenda 2020“ der Europäischen Union berücksichtigen, in der die EU für ein integratives, intelligentes und nachhaltiges Europa eintritt.</p>			
W.28. - 185	DIE LINKE/ PIRAT	<p>Sanften Tourismus stärken - Tourismus in ländlichen Regionen und Städten</p> <p>Mit der Corona-Pandemie hat sich der bereits vorhandene Trend hin zu touristischen Nahzielen verstärkt. Sanfter Tourismus lässt ländliche Regionen und Städte profitieren. Wir beantragen daher, dass die Regio Stuttgart Marketing und Tourismus gemeinsam mit dem Verband Region Stuttgart Modelle entwickelt, um diese Entwicklung zu verstetigen und zu unterstützen.</p> <p>Folgende Fragestellungen sollen hier betrachtet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Welche Maßnahmen können dazu beitragen, diesen Trend verstetigen? • Wie können hochwertige touristische Angebote in der Region konzipiert werden, und mit welchen Partnern? • Darstellung der Konsequenzen für die touristischen Infrastrukturen. • Wie können flexible Mobilitätsangebote geschaffen bzw. ausgebaut werden, um diese Entwicklung zu unterstützen? • Was kann unternommen werden, um sensible Regionen vor Overtourism zu schützen? 			

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung	Finanzielle Aus- wirkung
W.29. - 186	DIE LINKE/ PIRAT	<p>Stuttgart auf dem Weg zur Smart-City-Region</p> <p>1. Die Geschäftsstelle lädt Vertreter*innen aus den beiden Metropolen Wien und Barcelona ein, um deren Smart-City-Prozess in der Regionalversammlung vorzustellen.</p> <p>2. Die Geschäftsstelle entwickelt zusammen mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) auf Basis dieser beiden Modelle einen Prozess für eine Smart-City-Agenda 3.0 mit dem Ziel digitaler Souveränität für die Region Stuttgart und skizziert Maßnahmen, um die Region als Smart-City-Region fit zu machen.</p>			
W.30. - 187	DIE LINKE/ PIRAT	<p>Stärkung der Kreativwirtschaft in der Region</p> <p>Die Kreativwirtschaft ist ein zukunftssträchtiges Standbein für nachhaltige Wertschöpfung in der Region Stuttgart. Wir beantragen daher, gemeinsam mit der Kulturregion und der Film- und Medienfestival gGmbH Programme und Maßnahmen zu entwickeln, die unter anderem folgende Schwerpunkte haben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • In der Aufbauphase sind Unternehmen und Selbständigen der Kreativwirtschaft günstige Wohn- und Arbeitsräume für eine befristete Zeit zur Verfügung zu stellen. Hierzu würden sich insbesondere Co-Working-Spaces mit dem Schwerpunkt Kreativwirtschaft eignen. • Zur Stärkung der Kreativwirtschaft soll über die Gigabit Region Stuttgart ein spezifischer Ausbau-Fokus für digitale Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. • Modelle zur direkten Förderung von Künstler*innen und Kreativschaffenden sollen erarbeitet werden. Dazu zählen u.a.: Ausstellungsflächen und -honorare, längere Stipendien über zwei oder mehr Jahre, aber auch experimentelle Konzepte zur Wahrung der künstlerischen Freiheit. 			
W.31. - 189	DIE LINKE/ PIRAT	<p>Strukturierter Wissenstransfer</p> <p>Die Verwaltung erarbeitet unter Beteiligung des Personalrates ein Konzept für eine überlappende Wiederbesetzung von Stellen im Sinne eines „strukturierten Wissenstransfers“, der die Weitergabe von spezialisiertem Wissen, von Erfahrungen und Kontakten von ausscheidenden Beschäftigten an ihre Nachfolger*innen sicherstellt.</p>			

